

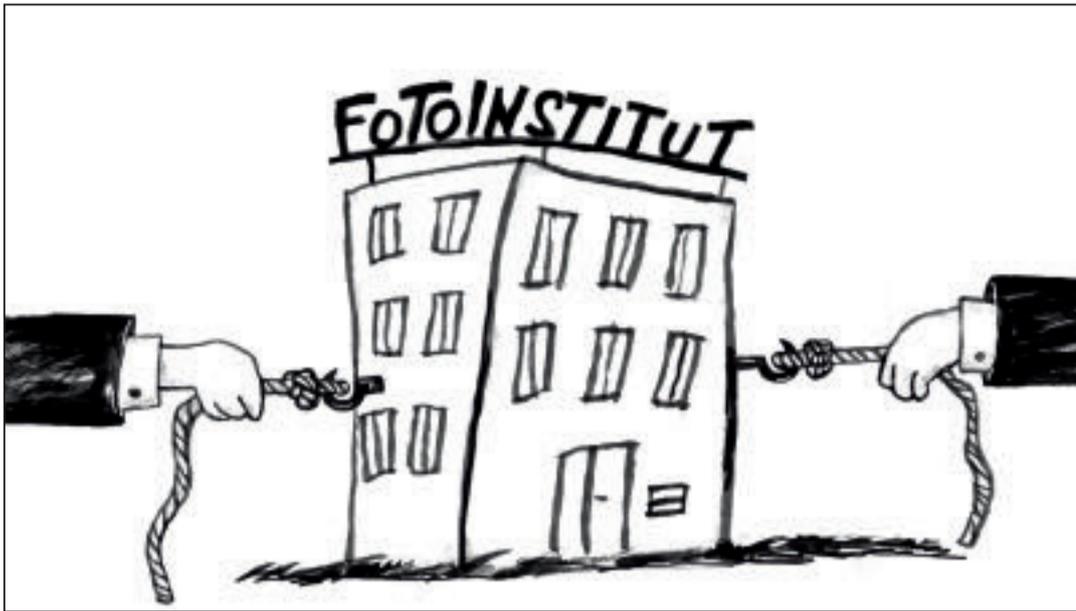
Hoffentlich nur ein Wettkampf um die besten Konzepte

Die Diskussionen um das geplante bundesdeutsche Fotoinstitut gehen weiter

Wie wäre es mit Mintard? Der Ortsteil von Mülheim an der Ruhr liegt auf der Karte etwa in der Mitte zwischen Essen Zollverein und dem Düsseldorfer Hofgarten. Vielleicht wäre das ein guter Standort für das geplante bundesdeutsche Fotoinstitut, wenn der absurde Standortstreit weiter geführt wird.

Es ist schon verrückt. Seit Jahrzehnten gibt es in der Fotoszene hierzulande Bemühungen, dass sich der Bund um fotografische Nachlässe und Archive kümmert und ein nationales Zentrum für Fotografie entsteht. Nun scheint eine Umsetzung erstmals realistisch und wird zugleich von Streit überschattet. Wer glaubte, dass mit der Vorlage eines Konzeptes der von Kulturstatsministerin Monika Grütters einberufenen Expertenkommission (am 10. März 2020, s.a. *Photonews* 4/2020, Seite 9) Ruhe eingekehrt ist, irrt. In Düsseldorf bringen sich Politik (hier vor allem der Bürgermeister Thomas Geisel, SPD) und der „Verein zur Gründung und Förderung eines Deutschen Fotoinstituts“ mit Vehemenz in Stellung und beharren darauf, dass das Fotoinstitut am Düsseldorfer Ehrenhof entsteht und nicht, wie von der Expertenkommission empfohlen, auf dem Gelände der ehemaligen Zeche Zollverein in Essen.

Anfang Juni verschickte der Düsseldorfer Verein sein seit Monaten angekündigtes und auf den 1. Mai datiertes Konzept an die Öffentlichkeit. Die Düsseldorfer Presse war zuvor eingeweiht und reagierte lokalpatriotisch: „Das Düsseldorfer Fotoinstitut braucht Essen nicht zu fürchten“ (Helga Meister in der WZ). Von der Deutschen Gesellschaft für Photographie (DGPh) folgte am 8. Juni eine Pressemitteilung mit dem Titel „Bitte kein Standortstreit. Plädoyer für eine breite inhaltliche Debatte“ und die Einladung zur Debatte auf der Plattform Netzwerk Fotoarchive. Drei Tage später gab Kulturstatsministerin Monika Grütters in einer Pressemeldung des BKM und im Interview beim Deutschlandfunk bekannt, dass sie nun die Machbarkeitsstudie für das geplante Bundesinstitut für Fotografie in Auftrag gegeben habe. Primär soll hier der von der Kommission



vorgeschlagene Standort Essen betrachtet, aber auch Düsseldorf berücksichtigt werden. Eine Vernetzung beider Standorte sei denkbar, sagte Grütters im Deutschlandfunk. So ist von einem „Showroom“ in Düsseldorf die Rede, der Büro-, Forschungs- und Depot-Räume in Essen ergänzen könnte. Das erinnert ein wenig an Entscheidungsprozesse bei der Deutschen Bahn – wenn Landespolitiker durchsetzen, wie eine ICE-Strecke verläuft und welcher Bahnhof noch angesteuert wird.

Ehrlich gesagt hatten wir gehofft, dass Konzept und Standortempfehlung der Expertenkommission ein kluger Schritt sind, um das Land Nordrhein-Westfalen weiter mit im Boot zu halten (die Landesregierung hatte im November eine Kofinanzierung zugesagt), ohne sich vor den Karren einer Initiative spannen zu lassen, die verdächtigt wird, primär die eigene und künstlerische Fotografie im Blick zu haben („Palast fürs betuchte Klientel“, so Peter Truschner im *Perlentaucher*). Mit der Anbindung an die Institutionen in Essen, die sich als Gruppe zu einem Zentrum für Fotografie zusammengeschlossen haben, wurde eine breitere Ausrichtung signalisiert. Doch eine Harmonisierung ist derzeit nicht in Sicht. Die Expertenkommission hat es leider versäumt, das Projekt Fotoinstitut von Anfang an auf eine breite Basis zu stellen.

Zwar fanden Gespräche mit zahlreichen Kuratoren und Experten statt, die allerdings von vielen als „Alibi-Veranstaltung“ empfunden wurden. Auch die Düsseldorfer Initiative wurde nicht einbezogen und ging dann offensichtlich auf Konfrontationskurs. Außerdem wurde im Nachhinein suggeriert, dass sich Städte bzw. Bundesländer als Standort beworben haben (auch Ulm war dabei), was aber vorher so nicht kommuniziert wurde.

Ein bisschen erinnert uns das an die Situation vor zehn Jahren, als *Photonews* die Beilage „Archive und Nachlässe“ publizierte und in der Folge die Gründung des gemeinnützigen Vereins Netzwerk Fotoarchive initiierte (der 2017 in die DGPh integriert wurde). Zu den Gründungsmitgliedern gehörten Verbände wie BFF, BVPA, DGPh und FREELENS sowie Jens Bove von der Deutschen Fotothek in Dresden. Dies geschah aus der Erfahrung, dass weder der Aufruf zur Gründung eines „Centrums für Photographie“ (1999 mit Tagung von NGBK und DGPh in Berlin) noch die von F.C. Gundlach 2006 gestartete Initiative „Deutsche Stiftung Fotografie“ zum Erfolg geführt haben. Die föderale Struktur und mangelnder kulturpolitischer Willen (auch zum Geldausgeben) haben das verhindert. 2020 sieht die Situation deutlich besser aus. Mit Monika Grütters

(Bund) und Isabel Pfeiffer-Poensgen (NRW-Kulturstatsministerin) setzen sich zwei Politikerinnen für ein bundesdeutsches Fotoinstitut ein. Dennoch wird eine solche Institution nur ein Erfolg, wenn sie von einem breiten Netzwerk getragen wird.

Insofern steckt in den neu aufgeflamten Diskussionen auch eine Chance, das Projekt vom Kopf auf die Füße zu stellen und sich nochmals stärker mit den inhaltlichen Aufgaben eines Fotoinstituts zu beschäftigen. Das Konzept des Düsseldorfer Vereins rund um Andreas Gursky und Moritz Wegwerth bietet hier wichtige Denkanstöße, will Archiv mit Forschungsstätte mit Schauraum verbinden. Auch wenn in den Zeilen mitschwingt, dass hier auf vielen Seiten potentielle Konkurrenz übertrumpft werden sollte, lohnt eine aufmerksame Lektüre. „Mit dem Deutschen Fotoinstitut (DFI) in Düsseldorf soll ein Kompetenzzentrum zu Fragen der Präsentation und Vermittlung, Erforschung, Sammlung und Erhaltung analoger, digitaler und hybrider Formen des fotografischen Erbes entstehen“ heißt es zu Beginn.

Auf das Plädoyer der DGPh haben Jens Bove (Deutsche Fotothek) und Sebastian Lux (Stiftung F.C. Gundlach) mit einer Stellungnahme reagiert und sprechen sich für ein „viele Standorte berücksichtigendes, aber zentral gelenktes Deutsches Fotoinstitut“ aus.

Die Fotoszene ist so vielschichtig, dass es immer ein Balanceakt sein wird, die Bereiche zu vereinen. Es werden wohl viele über ihren Schatten springen müssen, wenn es gelingen soll, eine bundesweit agierende und akzeptierte Institution zu realisieren. Da hilft ein Beharren auf Standorten ebenso wenig wie eine Abgrenzung von „Kunst“ und „angewandter“ Fotografie. Jetzt, wo die Politik endlich bereit ist, sich zu engagieren (das Zeitfenster dafür kann kurz sein, die nächsten Wahlen sind bald), sollte die Fotoszene diese Chance nicht mit Streitigkeiten vertun.

Das Ergebnis der Machbarkeitsstudie für das geplante Bundesinstitut für Fotografie, erstellt von der Partnerschaft Deutschland GmbH, soll Anfang 2021 vorliegen. Nachdem das Geld für solche Projekte 2019 noch sehr viel lockerer saß (so kam auch der überraschende Millionenbeschluss des Bundeshaushaltes im November zustande) als im Corona-Jahr 2020, könnte auch dieses Ergebnis die Weichen nochmals anders stellen. Die *Photonews*-Redaktion hofft sehr, dass es mittelfristig ein bundesdeutsches Fotoinstitut geben wird, das auch internationale Strahlkraft besitzt. Kurzfristig wäre mit kleinen Schritten geholfen. Denkbar ist zum Beispiel ein Fonds, der gefährdete Archive rettet und bundesweit Institutionen bei deren Bewahrung und Erschließung unterstützt. Ein Fotoinstitut in Form einer gemeinnützigen Stiftung des öffentlichen Rechts (wie von der Expertenkommission als Rechtsform empfohlen) könnte zunächst mit wenig Personal in angemieteten Räumen – vielleicht in Mintard © – starten, bevor mit viel Steuergeld neue Häuser gebaut werden. Initiativen, die sich hierzulande, oft ehrenamtlich, für fotografische Archive und Nachlässe engagieren, könnten vernetzt und unterstützt werden. Es wäre allemal besser, in kleinen Schritten gemeinsam zu beginnen, als ambitionierte Monolithen zu konzipieren, die zur Spaltung beitragen.

A.G. + D.B.

DGPh-Forum mit Konzepten und Debattenbeiträgen zum Thema siehe: www.netzwerk-fotoarchive.de

IMPRESSUM

329

PHOTONEWS erscheint im PHOTONEWS Verlag Brudna/Gripp GbR, www.photonews.de, ISSN 1612-4413
Chemnitzstraße 67, 22767 Hamburg, Tel. (040) 389 58 91, Fax (040) 4126 7707, E-Mail: redaktion@photonews.de

Herausgeber: Denis Brudna, Redaktion: Anna Gripp (verantwortlich)

Redaktionelle Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Markus Fels, Christiane Fricke, Cornelia Ganitta, Belinda Grace Gardner, Klaus Honnef, Felix Koltermann, Regine Kubach, Andreas Langen, Peter Lindhorst, Andreas Oetiker-Kast, Sabina Paries, Kerstin Stremmel

Druck: Hartung Druck+Medien GmbH

Anzeigen: PHOTONEWS Verlag Brudna/Gripp GbR

Anschrift der Redaktion: siehe oben

Bankverbindung: Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Kto. 1268 160 148, IBAN DE02 20050550 1268160148

Preis des Einzelheftes: Deutschland 3,50 €, Schweiz: 5,00 CHF, in A, NL, L, F: 4,70 €

Ohne schriftliche Einwilligung des Verlages ist jede Art von Nachdruck oder Vervielfältigung auch auszugsweise untersagt. Für unverlangte Bild- und Textinsendungen kann keine Haftung übernommen werden. (Für Rückversand bitte ausreichend Porto beilegen) Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein. Die Redaktion behält sich die Bearbeitung und Kürzung von Beiträgen vor. Anspruch auf Ausfallhonorar und dgl. besteht nicht. Höhere Gewalt entbindet den Verlag von Lieferungspflicht, und Ersatzansprüche können nicht anerkannt werden.

Gerichtstand: Hamburg Copyright: PHOTONEWS-Verlag und die Autoren

Titelfoto: Wilko Meiborg, aus: „Songmaschine“, Lumix Festival für jungen Bildjournalismus, s. a. S. 14-15

ABONNEMENT

Ich möchte PHOTONEWS abonnieren ab Ausgabe

Ein Jahres-Abo (10 Ausgaben) kostet 35 € im Inland und 47 € im Ausland. (Bankgebühren bei Überweisungen aus dem Ausland trägt der Abonnent.) Das Abonnement kann jederzeit beendet werden. Der Restbetrag abzüglich Bearbeitungskosten (3,50 €) wird vom Verlag zurückgezahlt.

Mein Name und meine Anschrift:

.....

Ich lege einen Verrechnungsscheck bei.

Ich überweise den Betrag auf das Verlagskonto.

Ich benötige eine Rechnung.

Der Betrag soll von meinem Konto abgebucht werden.

Ich möchte per Kreditkarte bezahlen. (Bitte Kreditkarten-Nr. und Gültigkeits-Datum mitteilen.)

Bank:

Mir ist bekannt, dass diese Bestellung innerhalb von 14 Tagen widerrufen werden kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

IBAN:

BIC:

Datum und Unterschrift